

SPD demokratischer pressediens

P/XXIX/32

14. Februar 1974

Nachruf für einen Demokraten

Zum Tode des großen Parlamentariers Adolf Arndt

Seite 1 / 36 Zeilen

Europäische Sorgen über Frankreich

Erfahrungen aus der Washingtoner Energiekonferenz

Seite 2 und 3 / 44 Zeilen

"Wer vermöchte die Wahrheit aufzuhalten?"

Zu Alexander Solschenizyns Ausweisung in die Bundesrepublik

Von Dr. Olof Schwencke MdB

Stellv. Mitglied des Bundestagsausschusses für Bildung und Wissenschaft

Seite 4 und 5 / 68 Zeilen

CDU/CSU will Zeugnisverweigerungsrecht einschränken

Öffentliche Aufgabe der Presse würde beeinträchtigt werden

Von Hellmut Sieglerachmidt MdB

Mitglied des Innenausschusses des Bundestages

Seite 6 und 7 / 47 Zeilen

Strauß noch auf dem rechten Weg ?

Der CSU-Chef sieht sich in den Fußetapfen Friedrich Eberts

Seite 8 / 32 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Presshaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg

Nachruf für einen Demokraten

Zum Tode des großen Parlamentariers Adolf Arndt

Mit Adolf Arndt hat die Sozialdemokratische Partei Deutschlands einen ihrer großen Juristen, die Bundesrepublik Deutschland einen ihrer großen Parlamentarier verloren. Der trotz längerer Krankheit doch unerwartete Tod dieses integren Demokraten konfrontiert alle Bundesbürger, die sich zu den Leitlinien und Geboten des Grundgesetzes bekennen und in ihnen und nach ihnen leben, mit der Erinnerung an die bemerkenswerten Leistungen, die der "Kronjurist" der SPD-Bundestagsfraktion vollbracht hat und die in ihren Ergebnissen weitergelten wirken, und mit dem guten Gedenken an die großen Stunden seiner tiefgründigen und kraftvollen Reden im Bundestag. Adolf Arndt ließ das Parlament in diesen Stunden zu einem Forum werden, von dem aus sachliche Weisheit zu Worte kam, um im Sinne und im Dienste der sozialen Rechtsstaatlichkeit zu wirken, die der Bundesrepublik als Ziel vorgegeben ist.

Adolf Arndt, der zu den Vätern dieser Demokratie gehört, hat von ihrem Anfang an und lange Jahrzehnte danach in vielerlei Positionen und Aufgaben am Aufbau der Bundesrepublik mitgearbeitet. Er hinterließ die Spuren seines vorwärtsdrängenden Wirkens im heussischen Justizministerium, im Wirtschaftsrat, im Bundestag, in der SPD-Fraktion, im SPD-Vorstand und im Berliner Wissenschaftsrat: ein breites Spektrum eines Wirkens, das immer die Stärkung und Festigung der Demokratie im Auge hatte. Adolf Arndt gehörte zu den Opfern des Nationalsozialismus, der ihn in ein Zwangsarbeitslager verschleppte; diese böse Erinnerung ließ ihn zeitlebens zum erbitterten Gegner aller Totalitarismen und aller Radikalismen und damit auch zum stets wachen Warner vor allen Entwicklungen werden, die in solche Bahnen münden konnten.

Die deutschen Sozialdemokraten, an deren "Godesberger Programm" er bemerkenswert mitwirkte, und die deutschen Demokraten insgesamt neigen sich am Grabe Adolf Arndts vor einem Manne, der einer ihrer bedeutenden Politiker gewesen ist.

(ss/14.2.1974/ks/eg)

+ + +

Europäische Sorgen über Frankreich

Erfahrungen aus der Washingtoner Energiekonferenz

Die Energiekonferenz von Washington hat kein Kartell der Verbraucher zustandegebracht. Die Ergebnislosigkeit hat ihre Ursache in erster Linie in der vordergründigen Furcht Frankreichs, die USA könnten die allgemeine Energieknappheit nutzen, um ihre Hegemoniebestrebungen voranzutreiben. Dagegen wuchs in Washington bei Beteiligten der Verdacht, daß Frankreich die bedingungslose Vertragstreue der übrigen EG-Partner als Vorwand benutzt, erst einmal, wenn nicht sogar ausschließlich, seine eigenen Energieinteressen zu befriedigen.

Schließlich ist nicht verborgen geblieben, daß Außenminister Jobert in den Wochen seit dem Waffenstillstand im Nahen Osten und der Konferenz von Washington recht ergiebige bilaterale Lieferverträge mit einigen arabischen Förderländern abgeschlossen hat. Weder in Brüssel noch in Den Haag, weder in Bonn noch sonstwo ist seither bekanntgeworden, daß die Regierung in Paris dabei ihre guten Beziehungen zu den arabischen Ländern genutzt hätte, um auch nur das Geringste für die Rohölversorgung etwa der Gemeinschaft oder gar Hollands zu tun. Genau deshalb aber ist nicht auszuschließen, daß Frankreich die Gemeinschaft kränkte, um sich dank bilateral gesicherten Rohölnachschubs für die Europäer in eine Rolle zu schieben, die viel Ähnlichkeit mit Führungsansprüchen hat. Es ist die Frage, ob es die Gemeinschaft politisch und ökonomisch verkraften kann, wenn sich Frankreich der gemeinsamen finanziellen und wirtschaftspolitischen Ressourcen bedient, um vordergründig nationalem Prestigestreben entsprechen zu können.

Das Auftreten von Außenminister Jobert in Washington hatte denn auch viel Ähnlichkeit mit einer großen Portion elitären Hochmuts, der allein

darauf basiert, daß die übrigen EG-Partner die Gemeinsamkeit nicht nationalen Motiven unterordnen. Die Bundesrepublik ringt nicht erst seit der Energiekonferenz in Washington in zwei Lagern. Das vitale Interesse Bonn an einem unverminderten amerikanischen Engagement in der Bundesrepublik und damit in Europa beruht nicht zuletzt auf der Einsicht, daß die militärische Schutz- und Verteidigungsfunktion der USA durch nichts anderes gleichwertig zu ersetzen ist. Die militärische Sicherheit als Garantie politischer Integrität hängt aber in entscheidendem Maße von einer gesicherten Energieversorgung ab. Für die Bundesrepublik stellt sich damit das Problem, beides optimal zu verbinden. Und dies muß notfalls gegen andere nationale Interessen durchgesetzt werden, wobei andererseits besonders die jetzt erkennbare Konjunkturberuhigung die Bundesregierung vor sehr entscheidende Fragen stellt, die ihre Finanzierbereitschaft zugunsten letztlich nationaler Egoismen betrifft.

Militärische Sicherheit, ökonomische Prosperität und politische Handlungsfreiheit sind also - wenigstens für die Bundesrepublik - untrennbar miteinander verbunden. Es wird deshalb in der nächsten Zeit darauf ankommen, die Europäischen Gemeinschaften zu dem nicht mehr anders interpretierbaren Bekenntnis eines sinnvollen Interessenausgleichs mit den Vereinigten Staaten zu veranlassen.

Theodor Tremmes
(-/14.2.1974/bgy/pr)

+ + +

"Wer vermöchte die Wahrheit aufzuhalten?"

Zu Alexander Soltschenizyns Ausweisung in die Bundesrepublik

Von Dr. Olaf Schwencke MdB

Stellv. Mitglied des Bundestagsausschusses für Bildung und Wissenschaft

"Soltschenizyn würde bei uns in der Bundesrepublik Deutschland frei leben und ungehindert arbeiten können." Keiner hatte damit gerechnet, daß sich Bundeskanzler Willy Brandts Worte vor der Akademie der Wissenschaften in München von vor zwölf Tagen so schnell in eine Realität verwandelt würden: Seit Dienstag "lebt" Alexander Soltschenizyn in der Bundesrepublik.

Die Vorkommissionen um politisch Verfolgte, wie wir sie kennen - aus der DDR, der Sowjetunion, der Tschechoslowakei, Griechenland, Chile, und auch Dieter Lattmann hat in der allerersten Reaktion daran zu Recht erinnert: aus dem Nazi-Deutschland der Konzentrationslager - haben "funktioniert": publizistische Mobilisierung des Volkswortes, schriftliche Gerichtsvorladung, polizeiliche Festnahme, zwangsweise richterliche Vorführung, Verhaftung ohne Gerichtsurteil. Und dann, das Ungewöhnliche in der Verfahrensweise mit dem international hochreputierten Schriftsteller: Auf Beschluß des Präsidiums des Obersten Sowjet erfolgt die Aberkennung der Staatsbürgerschaft und seine Ausweisung in das Land seines Kollegen, Freundes, des Präsidenten des Internationalen PEN-Clubs, Heinrich Böll: in die Bundesrepublik Deutschland.

Wird er nun endlich "ungehindert arbeiten können?" Ein anderer, ihm Verwandter, der Ostberliner Sänger und Schriftsteller Wolf Biermann, hat vor kurzem aus einer nicht viel anderen Situation heraus auf folgende Frage geantwortet: "Dann muß es für Sie doch ein bedrohlicher Gedanke sein, daß man Ihnen die Freiheit, in den Westen zu gehen, eines Tages zwangsweise auferlegt?" Biermann: "Das ist meine einzige Angst. Dann wäre ich erledigt. Ich glaube, dann würde ich aufhören, überhaupt zu schreiben." Nicht sein größtes, aber für die inneren Probleme der Sowjetunion wohl wichtigstes Buch, hat letztlich für seine Ausweisung den Ausschlag gegeben: "Der Archipel GULAG".

Die Lektüre machte uns deutlich: Alexander Soltschenizyn war zu diesem Buch weniger künstlerisch als politisch-moralisch motiviert. Fielen in sei-

nen früheren Romanen, namentlich in seinem ausgezeichneten Werk "Krebsstation", beides, die Mittel literarischer Ästhetik und kritisierten Machtpolitik, meisterhaft zusammen oder wurden doch nahezu als identisch empfunden, so zielt sein jüngstes Buch nicht ohne konkreten politischen Bezug vor allem auf innersowjetische moralische Provokation, die heute unsere DKP-Anhänger eine "Diffamierung" nennen und die der ODA-Chefideologe Kurt Heger als "antiazialistische Propaganda abqualifizierte".

Mit diesem Dokumentationsbuch ist die moralisch-politische Bewältigung der stalinistischen Vergangenheit thematisiert: "Die Mörder, die neben uns in der Straßenbahn sitzen, sollen entlarvt und bestraft werden!" Soltschenizyn wollte seiner Gesellschaft, namentlich aber der sowjetischen Herrschelitelite, den moralischen Spiegel vorhalten: im Blick auf die totgeschwiegene stalinistische Vergangenheit und die existente Gegenwart. Noch immer gibt es für Regime-Kritiker die berüchtigten Lager, politischen Irrenhäuser und Gefängnisse; wie auch in Chile, Griechenland, Spanien, Portugal usw., damit wir das nicht vergessen. Stalins Erben regieren noch gegen die moralischen Interessen des Volkes.

Das hat Soltschenizyn literarisch dokumentiert, als Aufforderung zur Vergangenheitsbewältigung. Das mögen manche unter seinen sowjetischen Schriftstellerkollegen, die große und kleine Worte gegen ihn führen, verstanden haben; doch akzeptiert haben sie es offensichtlich noch nicht. Seine moralische Intention war richtig, da sie konsequent human ist; aber die Realisierung seines Anstoßes in der Politik kann nicht ohne die Betroffenen geschehen, das wird auch durch die Lesung des "Archipel GULAG" in der Deutschen Welle aus Köln nicht ersetzt werden können.

Schwerlich haben die einen Grund, dem "Archipel GULAG" zu applaudieren und jetzt auch den Dichter Soltschenizyn leibhaftig für sich zu okkupieren, deren "Welt"- und "Bild"-Verbündete eine Politik von gestern und vorgestern fortsetzen wollen - im Stil des GDU-Abg. Dr. Oregger, der den Ausgebürgerten im Bundestag gegen Herbert Wahnert ausspielte. Alexander Soltschenizyn wird und kann ihnen nicht bestätigen, daß der "Abschied der Intelligenz vom Sozialismus" stattgefunden hat. Er wird die Realisten unter den Politikern zu einer offensiven Ostpolitik ermuntern; nur so können die politisch Betroffenen Hoffnungen auf Selbstidentifikation haben.

Die UdSSR hat sich ihres mutigsten, unliebsamsten und neben Sacharow wirkungsvollsten Kritikers entledigt. Sie hat ihn nicht umgebracht, aber ihn aus seiner Heimat abgeschoben, ihn innerrussisch zum Schweigen bringen wollen. So wenig sich die Sowjetunion wie irgendeine andere Nation aus ihrer Vergangenheit fortstellen kann, so wenig wird sie sich dem moralischen Impetus ihres vorläufig letzten Literatur-Nobelpreisträgers entziehen können: "Sie bahnt sich dereinst den Weg, die Wahrheit. Wer vermöchte sie aufzuhalten?" (Soltschenizyn "Archipel GULAG"). (-/14.2.1974/bgy/pr)

+ + +

CDU/CSU will Zeugnisverweigerungsrecht einschränken

Öffentliche Aufgabe der Presse würde beeinträchtigt werden

Von Hellmut Sieglerschmidt MdB

Mitglied des Innenausschusses des Bundestages

Wieder einmal hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen Gesetzentwurf eingebracht, von dem sie genau weiß, daß er außer einem fragwürdigen Propagandaeffekt kaum etwas bewirken wird. Schon bald nach der Veröffentlichung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Zeugnisverweigerungsrecht hatte die Bundesregierung erkennen lassen, daß sie beschleunigt einen Gesetzentwurf dazu vorlegen werde. Auch war diese Absicht seit Wochen von Sprechern der Koalitionsfraktionen lebhaft unterstützt worden. Es bestand und besteht also kein Anlaß, anzunehmen, daß dieser durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts nunmehr dringend gewordene Gesetzentwurf ungebührlich verzögert werde.

Andererseits weiß der Initiator des CDU/CSU-Entwurfs zum Zeugnisverweigerungsrecht, daß gerade bei einer solchen Änderung des Gerichtsverfahrensrechts eine frühzeitige Mitwirkung der Landesjustizbehörden geboten ist. Wer also eine fundierte Regelung auf diesem Gebiet wünscht, wird gut daran tun, die Vorlage des Regierungsentwurfs abzuwarten. Die vorherige Veröffentlichung eines Gesetzentwurfs der Opposition könnte allerdings dann sinnvoll sein, wenn gegenüber abweichenden Vorstellungen zum Zeugnisverweigerungsrecht rechtzeitig Stellung bezogen werden sollte.

In einer bereits vom Verfasser dieses Artikels niedriger gehängten Erklärung des medienpolitischen Sprechers der CSU-Landesgruppe heißt es: "Beim Zeugnisverweigerungsrecht plant die Bundesregierung eine drastische Beschrän-

kung". Sollte solchen Plänen zuvor gekommen werden? Offenbar nicht, denn der Gesetzentwurf der CDU/CSU enthält selbst eine recht weitgehende Beschränkung des Zeugnisverweigerungsrechts der Journalisten. Das Zeugnis soll nämlich dann nicht verweigert werden können, wenn eine Straftat nach § 100 a der Strafprozeßordnung (nicht des Strafgesetzbuches, wie es irrtümlich in der Presseerklärung der CDU/CSU-Fraktion heißt) Gegenstand der Untersuchung ist.

Unter den dort aufgeführten über 40 (!) Straftatbeständen befinden sich vielfach auch solche, bei denen eine Aussagepflicht des Journalisten, der über entsprechende Informationen verfügt, die öffentliche Aufgabe der Presse durchaus beeinträchtigen könnte. Mit anderen Worten: Das Zeugnisverweigerungsrecht der Journalisten soll nach dem Entwurf der CDU/CSU gerade auch an solchen Stellen durchlöchert werden, bei denen es von praktischer Bedeutung für die Pressefreiheit ist. Ob die vorgesehene Einschränkung der Einschränkung, daß nämlich die Aussagepflicht in den erwähnten Fällen nur dann bestehen soll, wenn "die Ermittlungen sonst aussichtslos oder wesentlich erschwert wären", sich im strafgerichtlichen Alltag als wirksame Bremse erweisen würde, erscheint fraglich.

Gegen wessen Pläne wendet sich also der Gesetzentwurf der CDU/CSU? Gegen die Pläne der Koalition oder vielleicht gegen die Pläne der CSU? Fest steht jedenfalls, daß eine Verdächtigung der Bundesregierung durch die CSU sozuegen postwendend durch einen offenbar von der Fraktionmehrheit der CDU getragenen Gesetzentwurf widerlegt wurde. Wieder einmal ist deutlich geworden, daß der Fraktionswagen der Opposition von Säulen gezogen wird, die in verschiedene Richtungen traben. Die Bundesregierung will ein umfassendes Zeugnisverweigerungsrecht der Journalisten, die CDU/CSU will es kräftig einschränken.

(-/14.2.1974/ks/pr)

+ + +

Strauß noch auf dem rechten Weg ?

Der CDU-Chef sieht sich in den Fußstapfen Friedrich Eberts

Man weiß dank dem "Bayernkurier", daß der CDU-Vorsitzende Franz Josef Strauß das einzige politische Talent ist, das die Deutschen hervorgebracht haben, von Bismarck und Adenauer, so der "Bayernkurier", einmal abgesehen. Ebenso ist bekannt, daß er als letzter Preuße bereitsteht, wenn's darauf ankommt. Verblüfft hat er jetzt aber doch die Welt mit der Offenbarung, daß er auch der letzte Sozialdemokrat ist. Er und seine Mannen seien heutzutage sozuzugagen Ebert und Noske, dagegen die, die sich als Sozialdemokraten ausgeben, eigentlich nichts anderes als die Reinkarnation Rosa Luxemburgs.

Ei, der Strauß, auf diese Idee ist bisher in der SPD noch niemand gekommen! Auch keinem Historiker mit dem Spezialgebiet Arbeiterbewegung ist diese aparte Konstellation, soweit wir wissen, schon aufgefallen. Willy Brandt indes, obwohl in Straußens Augen sicherlich ein getarnter Karl Liebknecht, kann in den Darlegungen des CDU-Vorsitzenden (bei der Eröffnung der Ausstellung "Angriffs auf die Demokratie" im Bonner Konrad-Adenauer-Haus) eine originelle Bestätigung seiner Feststellung von der "neuen Mitte" sehen.

Denn, so ist mit Fug und Recht zu fragen, ist nicht alles nach links gerückt, wenn schon Franz Josef Strauß für sich und die Union den Platz der Sozialdemokraten der frühen Weimarer Republik in Anspruch nimmt? Lediglich mit der bewährten Faustregel, daß ein toter Genosse ein guter Genosse sei, läßt sich dies schließlich nicht erklären. Friedrich Ebert, der seinerzeit von manch wackerem Bürger so Vielgeschmähte, hat es sich nicht träumen lassen, einmal in einem Lager wie dem Straußschen so zu Ehren zu kommen; selbst Noske wäre die Vorstellung schwergefallen.

Wo bleibt da das ewig Wahre, Schöne, Gute? Wer garantiert, daß Strauß und seinesgleichen wenigstens den Abatend von gut 50 Jahren zwischen sich und der schönsten politischen Aktualität auch fürderhin einhalten? Vielleicht muß der konservative Zeitgenosse noch in diesem Jahrzehnt den Anspruch von F.J.S. erleben, der letzte Juso zu sein. Das Mißtrauen hat sich bei uns eingemistet, vielleicht glaubt er die Perolen von gestern und vorgestern gar nicht mehr und tut nur noch so, als ob er sich auf bravem rechtem Wege befände, während ihm in Wahrheit längst Systemüberwindendes vorschwebt. Quo vadis, Franz Josef?

Claus Preller
(-/14.2.1974/kö/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckert